Bandenwesen in Oberschlesien.

Deutsche Protestnote.

Mit rücksichtsloser Gewalt suchen die polnischen Bergarbeiter ihren aussichtslosen Generalstreik aufrechtzuerhalten. Große Mengen deutscher heimattreuer Bergleute können nicht zur Arbeit gehen. Es ist deshalb eine Bewegung im Gange, die Ausdruck findet in einer Auslassung der katholischen Volksstimme in Gleiwitz, wonach der Generalstreik der polnischen Bergleute-Organisationen unbedingt zu erwarten sei, wenn nicht sofort seitens der Ententebehörden Maßnahmen getroffen werden, die den arbeitswilligen Bergleuten den ungehinderten Zutritt zu den Gruben und Zechen gewährleisten. Jedoch soll der Streik der Polen vor dem Zusammenbrechen stehen.

Insurgentenbanden auf dem Lande.

Die polnischen Banden haben die nähere Umgebung von Gleiwitz besetzt. Die öffentliche Gewalt in den Gemeinden und Dörfern reißen sie an sich. In Labaud versuchten am Mittwoch die Polen das Gut des Grafen Ballestrem zu stürmen. Die herbeigerufene Sicherheitspolizei aus Gleiwitz schlug den Angriff ab. In Gleiwitz selbst ist es ruhig. Man rüstet sich zum Widerstand gegen bevorstehende Überfälle.

Es wird davon gesprochen, daß in den Städten, in denen die Ruhe in den letzten Tagen nicht gestört wurde, der Belagerungszustand aufgehoben oder wenigstens gemildert werden solle. Dagegen soll in den Landkreisen der Ausnahmezustand weiter bestehen bleiben. Die großen deutschen Blätter, die Kattowitzer Zeitung, das Königshütter Tageblatt und die Westdeutsche Morgenpost sind (letztere für den Kattowitzer Bezirk) noch immer verboten. Das Verbot des Oberschlesischen Wanderer in Gleiwitz ist aufgehoben.

Verurteilter deutscher Reichstagsabgeordneter.

In Oppeln wurde der Reichstagsabgeordnete und Redakteur des sozialistischen Parteiorgans für Oberschlesien, Genossen Ponsky, durch das interalliierte Gericht zu 2000 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Anklagevertreter hatte 2000 Mark Geldstrafe und drei Monate Gefängnis beantragt. Der Grund zur Anklage wurde in einem Artikel gesehen, der sich mit der Haldenverfügung der Interalliierten Kommission befaßte und der zur Aufreizung und zum Ungehorsam der Bevölkerung aufgefordert haben soll. Der Anklagevertreter begründete sein Strafmaß damit, daß Okonsky kein Anrecht auf Immunität habe, da der Reichstag nicht tage und andererseits auch die Interalliierte Kommission die Teilnahme der Abgeordneten an den Reichs- und Landtagsverhandlungen verboten habe. Das Gericht sprach dem Abgeordneten tatsächlich den Schutz der Immunität ab.

•

Die neue deutsche Note,

die der Vorsitzende der Deutschen Friedensdelegation in Paris an den Präsidenten der Friedenskonferenz im Anschluß an die Note vom 21. August über Oberschlesien überreichte, lautet u. a.:

Die Lage im oberschlesischen Abstimmungsgebiet hat sich seit dem 21. August in bedrohlicher Weise verschlimmert. Durch die Unruhen ist in der Kohlenförderung, auf die Deutschland zur Erfüllung der in Spa übernommenen Verpflichtungen anerkanntermaßen angewiesen ist, eine bedenkliche Stockung eingetreten. Damit wächst die Gefahr eines Stillstandes der Industrie und vermehrter Arbeitslosigkeit. Gewaltakten gegen die deutsche Bevölkerung sind an der Tagesordnung. Es wird gemeldet, daß sich alliierte Truppen mit den Aufständischen verbrüdert haben. Die Interalliierte Kommission hat bei Übernahme der Verwaltung in Oberschlesien bekanntgegeben, daß sie alle Unruhestifter, wer sie auch sein mögen, sofortlos und ohne Gnade verfolgen werde. Alle diejenigen, welche den Frieden und die allgemeine Ordnung stören, revolutionäre Komplotte versuchen, offen oder heimlich zum Widerstand gegen die Verwaltung aufhetzen, sollten aufs strengste bestraft werden. Der Zustand, in dem sich heute das Land befindet, steht mit dieser Kundgebung in Widerspruch. Er widerspricht aber auch dem Vertrage von Versailles, nach dessen Bestimmungen die Interalliierte Kommission die Pflicht hat, das Land zu schützen, die Ordnung aufrechtzuerhalten und die Bewohner vor Schaden an Leben und Eigentum zu bewahren. Die Erregung der Bevölkerung, die sich dem Terror der bewaffneten Minderheit preisgegeben sieht, wächst und kann zu Folgen von unabsehbarer Tragweite führen. Die Möglichkeiten zur Einwirkung sind für die Deutsche Regierung gering, da ihr der unmittelbare Verkehr mit dem Abstimmungsgebiet versagt ist. Von den ihr gebliebenen beschränkten Möglichkeiten macht sie Gebrauch, um eindringlich zur Ruhe und zur Besonnenheit zu mahnen. Ihre Mahnungen werden aber auf die Dauer nur dann Erfolge haben, wenn in der Bevölkerung das Vertrauen auf Recht und Gerechtigkeit wiederhergestellt wird. Dazu ist erforderlich, daß die einheimischen Insurgenten vollständig entwaffnet und die über die Grenze eingedrungenen Unruhestifter des Landes verwiesen werden, die Sicherheitspolizei wieder in ihre Rechte eingesetzt und die Verwaltung der insurgierten Kreise und Orte den gesetzmäßigen Behörden zurückgegeben wird. Rasches Zugreifen ist nötig. Auch kommt es darauf an, daß die Anordnungen der obersten Stelle von allen Organen gewissenhaft befolgt werden. Wirksame Maßnahmen gegen eine Wiederholung der sich jetzt abspielenden Ereignisse sind unerläßlich.

Die Alliierten Mächte werden dem deutschen Volke nicht zumuten wollen, schweigend mitanzusehen, wie Deutsche in Oberschlesien vergewaltigt werden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die „teuren" Franzosen. Der Stadtrat von Saarbrücken stimmte einem Antrage zu, das Angebot der französischen Behörden anzunehmen, wonach der Stadt ein zinsloses Darlehen in Höhe von drei Millionen zur Verfügung gestellt werden soll zur Wiederherstellung der Möblierung von etwa 90 Wohnungen in den hiesigen Kasernen für französische Offiziere und Unteroffiziere. Die Summe soll in 5 oder 10 Jahren amortisiert werden, und zwar nur der Betrag von zwei Millionen, während für den Rest der Summe die Möbel in den Besitz der französischen Behörde übergehen sollen. Man nimmt an, daß durch diese Maßnahme 60 Wohnungen in der Stadt für die Bevölkerung frei werden würden.

Parteitag der Mehrheitssozialisten. In einer gemeinsamen Sitzung des Parteiausschusses und des Parteivorstandes der S. P. D. wurde die Tagesordnung für den kommenden Parteitag in Cassel festgesetzt. Den Bericht über die allgemeine politische Lage wird der Parteivorsitzende Wels erstatten. Der Berichterstatter über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion ist noch nicht bestimmt. Über den internationalen Sozialistenkongreß in Genf wird Abg. Meerfeld, über die Wohnungsfrage der frühere preußische Ministerpräsident Hirsch, über die Revision des Parteiprogramms Dr. Adolf Braun referieren. Dem Parteitag wird ein Antrag auf wesentliche Erhöhung des Mindestbeitrages unterbreitet werden.

Frankreich.

Ablehnung der dritten Internationale. Auf der Konferenz der Confédération générale du Travail (Französischer Gewerkschaftsbund) erklärte Jouhaux u. a.: „Die dritte Internationale ist eine Kriegserklärung gegen unsere ganze Organisation, wie die auf der dritten Internationale abgegebenen Erklärungen beweisen. Trotz der Sympathie, die wir für die russische Revolution hegen, können wir uns nicht der dritten Internationale anschließen." Mit 94 gegen 18 Stimmen bei 15 Enthaltungen wurde der Anschluß an Moskau abgelehnt.

Schweiz.

Lloyd George und König Konstantin. Aus Luzern wird gemeldet, daß Lloyd George einen Brief vom ehemaligen König Konstantin erhalten habe. Dieser äußert darin den Wunsch nach einer Unterredung mit Lloyd George. Der britische Ministerpräsident antwortete, daß es ihm infolge des kürzlich verübten Anschlags auf das Leben Venizelos' unmöglich sei, diesem Ersuchen nachzugehen.

•

Dresden. Die sächsische Regierung wird beim Reichspost-Ministerium die Forderung auf Herabsetzung des Post-Paket-Portos unterstützen.

Paris. Nach einer Meldung aus Newyork ist das Frauenstimmrecht nun bestätigt worden. Dadurch erhöht sich die Unsicherheit über den Ausgang der Präsidentschaftswahlen.

Washington. Gouverneur Cox soll gegen die republikanische Partei die Anklage erhoben haben, sie habe bedeutende Summen zusammengebracht, um die Präsidentschaft zu kaufen.

Vom Lohnkampfplatz.

Berlin. (24stündiger Proteststreik bei der Reichsversicherungsanstalt.) Die Beamten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte haben als Protest gegen die Maßregelung von vier Vorstandsmitgliedern der Beamtengewerkschaft einen 24stündigen Proteststreik beschlossen. Die Maßregelung der vier Vorstandsmitglieder war durch das Direktorium als Folge einer am 15. Juli d. Js. abgehaltenen Versammlung, in der die Beamtenschaft gegen die Verschleppung ihrer Besoldungsforderungen Stellung genommen hatte, ausgesprochen worden. Die Beamtengewerkschaft hat, um größeren Schaden der Versicherten zu verhüten, die Vermittlungen des Reichsarbeitsministeriums angerufen.

Volkswirtschaft.

Berlin ohne Fleisch. Der Berliner Magistrat stößt einen Notschrei aus wegen des drohenden Zusammenbruchs der Fleischversorgung infolge spekulativer Zurückhaltung des Frischfleisches. Die Erklärung lautet: „Der andauernde schwere Mangel an Frischfleisch, der geradezu einer Katastrophe zutreibt, hat den Magistrat veranlaßt, sich mit einer dringenden Vorstellung an den Reichsernährungsminister und den Reichskanzler zu wenden, in der es heißt: Da auch der diesmalige Viehmarkt fast gänzlich unbeschickt ist, muß die Frischfleischbelieferung in dieser Woche ausfallen. Entgegen dem Beschluß der Reichstagskommission, dessen Voraussetzungen bisher nicht entfernt erfüllt sind, wird tatsächlich die Fleischbewirtschaftung durch Obstruktion aufgehoben. Wir müssen dringlichst zur Erwägung stellen, ob geduldet werden darf, daß der Beschluß derart durchkreuzt wird. — Wenn die Viehhandelsverbände jetzt mit der Lieferung zurückhalten, so geben sie deutlich zu erkennen, daß sie bei Freigabe des Handels auf stark erhöhte Preise rechnen. Es drohen uns also Fleischmangel und wesentlich erhöhte Preise auf fast allen Nahrungsmittelgebieten, mithin statt des allseitig erstrebten Abbaues der Preise eine weitere große Teuerung."

Betriebsstillegung der Schuhfabriken in Elsaß-Lothringen. Die Vereinigung elsaß-lothringischer Schuhfabriken beschloß einstimmig die Schließung aller Schuhfabriken. Sie begründet diese Maßnahme damit, daß der Verkauf im Kleinhandel seit mehr als einem Monat nahezu vollständig aufgehört habe und für die Fabrikanten daher keine Aufträge vorliegen. Ein Verkauf zu niedrigerem Preise kommt nicht in Frage, da die allgemeinen Unkosten beträchtlich gestiegen und der Preisrückgang für Leder sehr gering sei.

Von Nah und Fern.

Eine halbe Million bei der Reichsbank unterschlagen. Bei der Reichsbanknebenstelle in Harburg ist man umfangreichen Unterschlagungen in Höhe von einer halben Million Mark auf die Spur gekommen. Als Täter wurde der 24jährige Hilfsbeamte Karl Lueddge festgestellt, der sich durch große Geldausgaben auffällig gemacht hatte. Er wandte sich nach Warnemünde, wo er durch einen Hamburger Kriminalbeamten und einen Beamten der Reichsbank in Harburg trotz falschen Namens und Passes aufgefunden wurde, als er gerade im Begriffe stand, nach Dänemark zu entfliehen. Ein Teil des Geldes wurde in seinem Besitz gefunden.

Tagung des deutschen Kleinhandels. In Erfurt traten 600 Vertreter der deutschen Kleinhandelsverbände zusammen. Auch Vertreter der Regierung waren erschienen. Eine Entschließung sprach sich einstimmig gegen die Kommunalisierung, Sozialisierung und Zwangswirtschaft aus. Eine andere erhob Einspruch gegen den von unberufenen Elementen in vielen Orten des Reiches in Szene gesetzten diktatorischen Abbau der Preise. Eine dritte verwarf die Bevorzugung der Konsumvereine.

Doktordissertation über das Betriebsrätegesetz. An der Bonner Universität hat der christliche Gewerkschaftsführer Theodor Brauer zum Doktor promoviert. Die Arbeit, die ihm den Doktorgrad der philosophischen Fakultät eintrug, behandelt das Betriebsrätegesetz und die Gewerkschaften.

Verwegener Platinraub. In der Nacht raubten sechs schwer bewaffnete Männer, von denen fünf feldgrau gekleidet waren, aus der Chemischen Fabrik Wocklum bei Balve einen 18 Kilogramm schweren Platinkessel im Werte von einer Million Mark. Die Fabrik hat auf die Wiedererlangung des Kessels eine Belohnung von 30 000 Mark ausgesetzt.

Italienisches Liebeswerk für Wien. In Wien kam der Bürgermeister aus Mantua Dr. Gandini an, um Kinder zum Winteraufenthalt in Italien abzuholen. Der Bürgermeister hatte Liebesgabenpakete für den Bürgermeister und Vize-Bürgermeister von Wien mitgebracht. Diese Pakete sind jedoch auf dem Südbahnhof gestohlen worden.

Verheerungen einer Wasserhose. Die Umgebung von Brionne in Frankreich wurde von einer Wasserhose heimgesucht, die von raschem Sinken der Temperatur und Gewittererscheinungen begleitet war. Der Frost richtete in den Weinbergen der Gegend erheblichen Schaden an.

Zweimal gelebt.

Aus dem Englischen von C. Weßner.

(Nachdruck verboten.)

„Was geht das Sie an?" gab Franzius schroff zurück, indem er Hedwig losließ und erstaunt einen Schritt zur Seite trat, während sein ehelliches Gesicht sich dunkelrot färbte.

Der junge Baron war inzwischen an Hedwigs Seite geeilt. „Fräulein Amberger steht unter meinem Schutz, bedenken Sie das!" sagte er scharf. „Welches Recht haben Sie, in dieser Weise gegen ein wehrloses Mädchen vorzugehen? Kommen Sie, Hedwig, ich bringe Sie nach Hause."

Hedwigs Augen tanzten förmlich vor Entzücken. Franzius fand sich im ersten Augenblick wie betäubt, sodaß er nicht gleich ein Wort der Erwiderung fand.

„Kommen Sie, Hedwig", wiederholte von Arstein mit kühlem beherrschter Ruhe. „Sie sollten um diese Zeit eigentlich zu Hause sein."

„Sie werden mir für Ihr Benehmen Genugtuung geben, wer Sie auch sein mögen", sagte Franzius jetzt, dessen Antlitz einer fahlen Blässe bedeckt war.

„Mein Name ist Robert von Arstein. Ich werde Ihnen Genugtuung geben, und zwar in einer Weise, die Ihnen nicht sonderlich angenehm sein dürfte — sofern Sie das Fräulein nicht sofort in Ruhe lassen!"

„Zum Kuckuck mit Ihrer Einmischung!" rief Franzius heftig. „Ich brauche mich meiner Handlungen nicht zu schämen! Was ich tue, verantworte ich auch! Ich werde Fräulein Amberger heiraten!"

„Ist das wahr, Hedwig?" wandte sich der Baron erstaunt und fragend an das junge Mädchen.

„Nein — kein Wort ist wahr!" antwortete dieses, die großen Augen voll auf den heimlich Geliebten heftend. „Ich habe mit jenem Herrn nichts zu tun haben — er fand mich nicht sympathisch! Er hat durchaus kein Recht auf mich!"

Hier brach sie in lautes Schluchzen aus.

„Ich werde Sie nach Hause bringen!" sagte der Baron.

II.

Das Geschlecht derer von Arstein war ein uraltes und reichte bis in die Zeit der Kreuzzüge zurück. Es war eine stolze Sippe, deren hervorragende Charaktereigenschaften sich von Generation auf Generation vererbten, wie dies bei alten Adelsgeschlechtern oft der Fall zu sein pflegt. Auch ein düsteres Verhängnis schwebte über dem Hause der Arsteins, das sich von Geschlecht zu Geschlecht wie ein unheilvoller Fluch fortvererbte. Wann dieser Fluch sein schreckliches Gorgonenhaupt zuerst erhob, niemand wußte es. Im Volke hieß es, es sei eine Strafe des Himmels für die Geldgier eines der Ahnen, der vor mehr als hundertfünfzig Jahren gelebt und um des Geldes willen eine indische Millionärin in das Haus seiner Väter geführt hatte. Es floß kein gesundes Blut in ihren Adern, ihr Körper war obendrein mißgestaltet, und in ihrem Kopfe sollte es auch nicht richtig gewesen sein. Aber ihr Geldsack war unerschöpflich, und auf ihm lastete der unheimliche Fluch. Sie hinterließ jedem ihrer Kinder ein schreckliches Erbteil: das eine war buckelig, das andere stotterte, das dritte schielte, das vierte war blödsinnig. In jeder der folgenden Generationen hatte fast immer ein Glied des Arsteinschen Hauses, männlich oder weiblich, bitter zu bereuen, daß dieser Fluch des Geldes auf dem alten Geschlecht lastete. Wie dem auch sein mochte: Tatsache aber war, daß das fürchterliche Verhängnis nur die männlichen Glieder des Hauses heimgesucht hatte, und zwar von jener Zeit an, als der indische Reichtum in die Familie gekommen war. Man fürchtete den Fluch mehr, als eine schreckliche Krankheit, mehr als Wahnsinn. Das Verhängnis bestand darin, daß das von ihm auserkorene Opfer für gewisse Ereignisse in seinem Leben vollständig das Gedächtnis verlor und sich an keine einzige Begebenheit erinnern konnte, die mit ihnen im Zusammenhang stand.

Diese außerordentlich merkwürdige Phase zog noch andere Empfindungseigenheiten nach sich. Das moralische Gefühl des Opfers nahm ebenso ab, wie die physische Kraft, eine allgemeine Erschlaffung von Körper und Geist stellte sich ein. Das arme Opfer dieses Verhängnisses hatte keine Ahnung von seinem bedauernswerten Zustand; in der Regel verfiel der Betroffene in unheilbaren Wahnsinn oder er starb vor dem dreißigsten Lebensjahre.

Die berühmtesten Ärzte waren von den Arsteins konsultiert worden, um dem unheimlichen Erbteil auf die Spur zu kommen, aber umsonst. Man begriff das Übel nicht, noch weniger war man imstande, es zu heilen.

In früheren Zeiten waren die Arsteins hervorragend tüchtige, kluge Menschen gewesen, gesund an Leib und Seele, ritterlich gegen die Frauen, herzlich gegen die Kinder, gütig gegen ihre Untergebenen und wohltätig gegen die Armen. Ein jeder der Nachkommen hoffte insgeheim, der Fluch möge an ihm vorübergehen. In der Regel brach das Verhängnis urplötzlich herein — irgend eine seelische Aufregung konnte es herbeiführen: eine unglückliche Liebe, der Tod eines Freundes oder lieben Verwandten. Dann verlor der Heimgesuchte das Gedächtnis für dieses Ereignis und die dasselbe begleitenden Nebenumstände. Nichts, aber auch gar nichts vermochte das entschwundene Gedächtnis zurückzubringen — das Ereignis war total ausgelöscht aus dem Hirn des Opfers. Alsbald pflegte dann der körperliche und geistige Verfall zu folgen. Die weiblichen Glieder der Familie entgingen diesem schrecklichen Fluche, nur die Söhne wurden von ihm betroffen.

(Fortsetzung folgt.)